

Der Zweite Kalte Krieg: Er begann in Syrien und entbrannte in der Ukraine

Alaa Alkhatib

12. September 2022

Deutsche Ausgabe auf Grundlage der arabischen Originalstudie. Die Übersetzung bewahrt Argumentation, Aufbau und historischen Kontext und ist bewusst nicht wortwörtlich.

Inhalt

Inhalt	Error! Bookmark not defined.
Einleitung	2
Die Welt nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion	2
Der Weg in einen Zweiten Kalten Krieg	5
Die Schatten des Zweiten Kalten Krieges	7
Der Nahe Osten und der Zweite Kalte Krieg	8
Syrien: Die vertagte Frage im Zweiten Kalten Krieg	9
Schlussfolgerung	10
Quellen und Anmerkungen	12

Einleitung

Im vergangenen Jahrzehnt wurde in arabischen wie westlichen Medien und politischen Analysen intensiv über den Rückzug der Vereinigten Staaten aus verschiedenen Regionen der Welt diskutiert, insbesondere aus dem Nahen Osten. Viel war von einem entstehenden „Vakuum“ die Rede und von der Frage, welche Mächte dieses füllen könnten. Zahlreiche geopolitische Bewegungen wurden deshalb als Versuche interpretiert, den vermeintlich frei werdenden Raum nach einem amerikanischen Rückzug zu besetzen. Syrien stand im Zentrum dieser Debatten. Die äußerlich zurückhaltendere amerikanische Politik wurde häufig als Beginn eines umfassenderen Rückzugs aus der Region verstanden. Donald Trumps Versuche, US-Truppen aus Syrien abzuziehen, der amerikanische Abzug aus Afghanistan und die angekündigte Reduzierung der Präsenz im Irak verstärkten diesen Eindruck.

Die Regierung Joe Bidens schien die Lage jedoch anders zu beurteilen. Politische Erklärungen allein sind kein verlässlicher Maßstab für tatsächliche Politik, doch auch das außenpolitische Handeln deutete in dieselbe Richtung. Beim Gipfeltreffen mit arabischen Staats- und Regierungschefs in Saudi-Arabien im Juli 2022 erklärte Biden unmissverständlich, die Vereinigten Staaten würden kein Vakuum hinterlassen, das Russland, China oder Iran füllen könnten; Amerika werde die Region nicht verlassen.[1]

Syrien und der intensive Wettbewerb zwischen den dort engagierten regionalen und internationalen Mächten wurden in solchen Erklärungen nicht immer ausdrücklich genannt. Dennoch steht das Land im Zentrum jener neuen Verhandlungen und geopolitischen Ausrichtungen, die dort besonders früh sichtbar wurden.

Die Welt nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu Beginn der 1990er Jahre zerfiel der Ostblock, und der Kalte Krieg, der die internationale Politik während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt hatte, ging zu Ende. Das westliche Lager unter Führung der Vereinigten Staaten feierte seinen Sieg und stand nun als stärkster, reichster sowie wissenschaftlich und technologisch fortschrittlichster Machtblock da. Es begann die Ära einer von den USA dominierten unipolaren Welt.

Die Vereinigten Staaten eröffneten diese neue Epoche mit dem Krieg zur Befreiung Kuwaits nach der irakischen Invasion unter Saddam Hussein.[2] Die militärischen Operationen begannen 1991. Eine der wichtigsten Folgen war die weltweite Demonstration amerikanischer Macht. Die zentrale Rolle der USA wurde später während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien erneut deutlich.[3]

Auf wirtschaftlicher Ebene begann der Westen, seine Vorstellung von der Weltwirtschaft durch Handelsliberalisierung und die Stärkung internationaler Wirtschaftsorganisationen durchzusetzen. Unter dem Schlagwort einer „neuen Weltordnung“ gelang es den Vereinigten Staaten, das neoliberale Wirtschaftsmodell[4] in zahlreiche Länder zu exportieren.

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts gewannen die amerikanischen Neokonservativen[5] unter George W. Bush entscheidenden Einfluss. Zu Beginn des neuen Jahrtausends gab es keinen wirklichen Konkurrenten, der den Vereinigten Staaten wirtschaftlich, militärisch oder politisch ebenbürtig gewesen wäre. Russland litt weiter unter den Folgen des sowjetischen Zusammenbruchs, während China seinen wirtschaftlichen Aufstieg vergleichsweise ruhig fortsetzte.

Das neokonservative Projekt übersetzte sich militärisch in den Krieg in Afghanistan 2001 und die Invasion des Irak 2003. Die weltweite Finanzkrise von 2008–2009 wurde anschließend zum schwersten Schock für die internationale Ordnung seit dem Zerfall der Sowjetunion.

Trotz des Scheiterns vieler amerikanischer Ziele in Afghanistan und im Irak gab Washington seinen Führungsanspruch nicht auf. Unter Barack Obama änderten sich vielmehr die Methoden. Seine Regierung verkündete den „Pivot to the Pacific“, dessen Kernziel darin bestand, die amerikanische Führungsrolle im 21. Jahrhundert zu sichern.[6] China blieb als langfristig wichtigster Herausforderer im Mittelpunkt.

Obama setzte stärker auf Eindämmung und Diplomatie. Selbst nach der russischen Annexion der Krim 2014 vermied er eine direkte militärische Konfrontation. Gleichzeitig suchte seine Regierung einen kooperativeren Umgang mit China und eine flexiblere diplomatische Linie gegenüber Iran, die zum Atomabkommen von 2015 führte.[7][8]

In Syrien wollte Washington eine direkte Konfrontation mit Russland und Iran vermeiden. Ein erheblicher Teil des Dossiers wurde regionalen Verbündeten, vor allem den Golfstaaten und der Türkei, überlassen, während die USA eine Politik

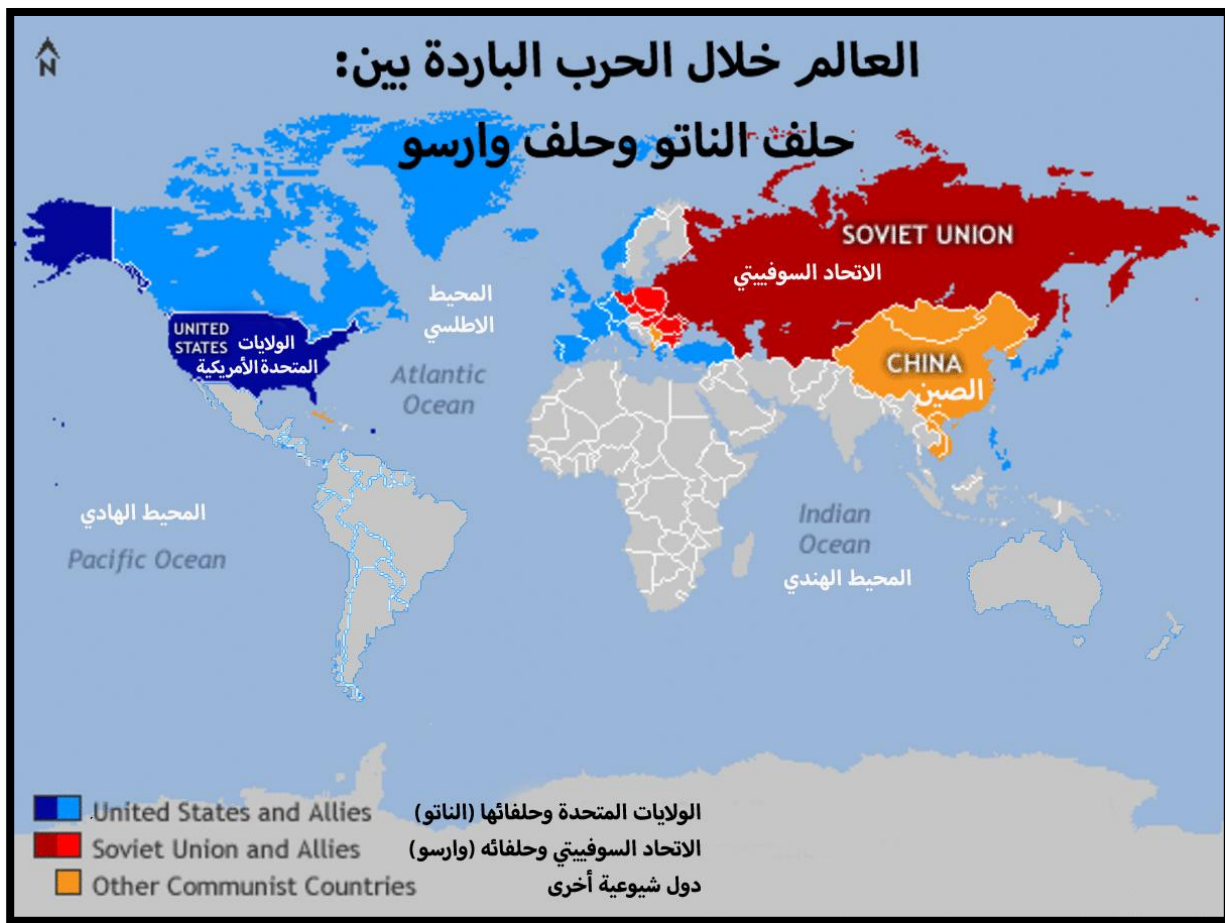
der Eindämmung und des Konfliktmanagements verfolgten.[9] Syrien wurde zu einem besonders deutlichen Schauplatz eines Stellvertreterkrieges,[10] der unmittelbar die Interessen Chinas, Russlands und Irans berührte.[11]

Auch die Europäische Union blieb politisch, wirtschaftlich und militärisch eng an die Vereinigten Staaten gebunden. Die Finanzkrise erschütterte Europa tief und verstärkte gesellschaftliche und politische Spannungen. Vor diesem Hintergrund gewannen rechte und rechtsextreme Kräfte in Europa und den Vereinigten Staaten an Einfluss; Donald Trump zog ins Weiße Haus ein, und Großbritannien verließ die Europäische Union.

Wladimir Putin gelang es, die Russische Föderation nach dem Chaos der 1990er Jahre wieder zu stabilisieren. Er beendete die Tschetschenienkriege[12] und führte die Wirtschaft zu einem starken Aufschwung. Das System blieb jedoch zentralisiert und stark von Rohstoffen abhängig. Putins außenpolitische Ambitionen wurden spätestens mit der Annexion der Krim 2014 deutlich; zuvor hatte bereits der Krieg in Georgien stattgefunden.[13]

Putin intensivierte Russlands Beziehungen zu China, Iran und der Türkei. Gleichzeitig deutete er den vermeintlichen Rückzug der USA als Gelegenheit, den russischen Einfluss auszuweiten. Die begrenzte westliche Reaktion auf die Krim und die amerikanisch-russische Verständigung nach dem Chemiewaffenangriff auf Ghouta 2013 schienen diese Einschätzung zunächst zu bestätigen.

2015 intervenierte Russland militärisch in Syrien, um das Regime Baschar al-Assad zu stabilisieren. Moskau hatte erkannt, dass Washington eine direkte Konfrontation vermeiden würde. Syrien wurde damit zu einem Schauplatz von erheblicher strategischer Bedeutung für alle beteiligten Mächte.



Putins Ambitionen wuchsen nach Donald Trumps Einzug ins Weiße Haus 2016 weiter.[14] Der Regierungswechsel zu Joe Biden bedeutete eine Herausforderung für Moskaus Kalkulationen.[15] Anfang 2022 begann Putin einen wesentlich größeren Krieg in der Ukraine. Statt eines schnellen Erfolgs fand sich Russland in einem langwierigen Konflikt und unter den härtesten westlichen Sanktionen seit dem Ende der Sowjetunion wieder.

China wiederum manövrierte zwischen den Lagern. Es unterstützte die russische Invasion nicht eindeutig, stellte sich aber ebenso wenig gemeinsam mit dem Westen gegen Russland. Die Ukraine-Krise eröffnete Peking die Möglichkeit, Russlands wirtschaftliche Abhängigkeit von China zu vergrößern und zugleich westlichem Druck zu widerstehen.

Der Weg in einen Zweiten Kalten Krieg

Viele gingen davon aus, dass Biden und die westlichen Verbündeten angesichts der Wirtschafts- und Energiekrise zurückweichen würden. Die Biden-Regierung

und zahlreiche westliche Regierungen schienen jedoch zu einem anderen Schluss zu kommen.

Russlands Krieg stellte den Westen vor zwei Möglichkeiten: eine begrenzte Reaktion ähnlich jener nach der Annexion der Krim oder eine deutlich offensivere Strategie mit massiven Sanktionen, weitreichender politischer Isolation Russlands und umfangreicher militärischer sowie logistischer Unterstützung für die Ukraine, ohne selbst unmittelbar in den Krieg einzutreten.

Die erste Option hätte Putin möglicherweise geholfen, die Folgen seines ukrainischen Abenteuers zu überstehen. Die zweite bedeutete dagegen eine klare Grenze gegenüber weiteren russischen Ambitionen und zugleich den Versuch, die globale Stellung der Vereinigten Staaten und des Westens erneut zu festigen.

Strategische Gewinne und Verluste lassen sich nicht ausschließlich wirtschaftlich messen. Der Krieg machte insbesondere Europas problematische Abhängigkeit von russischer Energie sichtbar. Ein Grundprinzip wirtschaftlicher Sicherheit ist die Diversifizierung von Bezugsquellen; Europas starke Konzentration auf russische Lieferungen stellte deshalb einen strategischen Fehler dar.

Die Vereinigten Staaten waren wirtschaftlich weit weniger von Russland abhängig. Als stärkste Macht des westlichen Bündnisses verfügte Washington über größere Handlungsspielräume und stärkere Anreize für eine Konfrontation mit Moskau.

Auch Bidens Haltung spielte eine Rolle. Bereits lange vor der Invasion hatte er Putin scharf kritisiert.[16][17] Als Präsident blieb das Verhältnis kühl. Zugleich wollte Biden die während der Trump-Jahre beschädigten Beziehungen zu traditionellen Verbündeten reparieren.

Weil Putin mit einem groß angelegten Krieg gegen einen souveränen europäischen Staat eine entscheidende Grenze überschritten hatte, entschied sich der Westen gegen die Akzeptanz eines militärisch geschaffenen *fait accompli*.

Gleichzeitig wollte keine westliche Regierung eine direkte militärische Konfrontation mit Russland riskieren. Die Strategie verband daher steigenden wirtschaftlichen und politischen Druck sowie militärische Unterstützung für die Ukraine mit der bewussten Vermeidung eines direkten NATO-Russland-Krieges.

China hielt an seiner Balancepolitik fest. Indien bewertete die Aufrechterhaltung seiner Beziehungen zu Russland als wichtiger als eine Beteiligung an der westlichen Konfrontation. Auch die Türkei handelte vor allem nach eigenen

Interessen: Sie lehnte den russischen Krieg ab und pflegte enge Beziehungen zur Ukraine, bewahrte aber zugleich funktionierende Beziehungen zu Moskau.



Die Positionen der arabischen Staaten unterschieden sich. Ägypten, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate unterstützten die Invasion nicht offiziell, erschienen jedoch vielfach russlandfreundlicher, als westliche Regierungen erwartet hatten. Katar verfolgte eine vorsichtigeren und ausgewogenere Linie.

Die Schatten des Zweiten Kalten Krieges

Viele erwarteten, Washington werde Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und China erhebliche Zugeständnisse machen, um sie stärker in eine anti-russische Front einzubinden. Bidens Besuch in Saudi-Arabien deutete jedoch auf Grenzen dieser Bereitschaft hin.[18] Gleichzeitig erklärte er eindeutig, dass sich die Vereinigten Staaten nicht aus dem Nahen Osten zurückziehen würden.[19]

Auch gegenüber China signalisierte Washington, dass Peking die Ukraine-Krise nicht nutzen könne, um Vorteile aus beiden Lagern zu ziehen. Nancy Pelosis Taiwan-Besuch im August 2022[20] und weitere Besuche amerikanischer Politiker[21] waren Teil dieser Botschaft.

Die Konfrontation mit China war jedoch wesentlich kostspieliger als jene mit Russland. Washington verband die politischen Signale deshalb mit einer wirtschaftlichen Strategie zur Verringerung der Abhängigkeit von chinesischer Produktion in kritischen Industrien. Dazu gehörte das rund 280 Milliarden US-Dollar umfassende Paket zur Förderung von Halbleitern und Hochtechnologie in den Vereinigten Staaten.[22]

Trotz scharfer chinesischer Rhetorik wäre eine militärische Operation gegen Taiwan mit enormen Risiken verbunden. Taiwan ist wohlhabend, technologisch hochentwickelt und verfügt über erhebliche militärische Fähigkeiten sowie starke westliche, insbesondere amerikanische Unterstützung.

Die geopolitischen und wirtschaftlichen Erschütterungen deuteten darauf hin, dass die westlichen Staaten gemeinsam mit traditionellen Verbündeten wie Japan und Südkorea weiterhin auf ihre kollektive wirtschaftliche Stärke vertrauten und bereit waren, die Konfrontation mit Russland einschließlich ihrer wirtschaftlichen Folgen fortzuführen.

Die Kosten würden erheblich sein. Den höchsten Preis dürften neben Russland vor allem Entwicklungs- und ärmere Staaten zahlen. Wohlhabende Länder und China verfügten dagegen über größere Möglichkeiten, Verluste aufzufangen.

Insgesamt deutete wenig darauf hin, dass Biden zu Obamas Modell der Eindämmung und ausgehandelten Krisensteuerung oder zu Trumps wechselhafter Außenpolitik zurückkehren wollte. Die neue Linie verlangte zunehmend klarere Positionierungen. Die russisch-westliche Konfrontation war zur größten und intensivsten seit dem Ende des ursprünglichen Kalten Krieges geworden.

Der Nahe Osten und der Zweite Kalte Krieg

Israel blieb seinem historischen Bündnis mit dem Westen verpflichtet und verurteilte den russischen Krieg gegen die Ukraine offiziell, hielt jedoch einen Kommunikationskanal mit Moskau offen.

Auch die Türkei bewahrte ihre guten Beziehungen zur Ukraine und ihre Ablehnung des russischen Krieges, während sie zugleich funktionierende Beziehungen zu Moskau aufrechterhielt. Der Krieg zeigte, dass die Türkei und der Westen strategisch weiterhin aufeinander angewiesen waren.

Ankara verlangte dennoch größere westliche Unterstützung in der Syrienfrage. Washington übernahm weder die türkische Position gegenüber syrisch-

kurdischen Organisationen noch Erdoğan's Vorstellungen für den Norden Syriens. Die Türkei suchte daher weiterhin nach Verständigungen mit Russland und Iran.

Iran versuchte zu Beginn des Ukraine-Krieges zunächst, etwas Distanz zu Russland zu halten. Mit der Verschärfung der Konfrontation und den Problemen der Atomverhandlungen rückte Teheran jedoch offener an Moskau heran. Strategisch blieb Iran an eine Zweckpartnerschaft mit Russland und China gebunden.[23]

Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten unterstützten die Invasion nicht offen, ihre Haltung blieb jedoch vergleichsweise russlandfreundlich. Katar verfolgte eine vorsichtiger Balance und vermied sowohl eine direkte Ausrichtung auf Russland als auch eine unnötig scharfe Konfrontation.

Syrien: Die vertagte Frage im Zweiten Kalten Krieg

Syrien gehörte zu Beginn der Biden-Präsidentschaft nicht zu den zentralen Prioritäten amerikanischer Außenpolitik.[24] Die zunehmende Konfrontation mit Russland verlieh dem Dossier jedoch wieder größere strategische Bedeutung und entfernte Washington weiter von der seit Obama verfolgten Politik, den Konflikt lediglich zu verwalten und Russland großen Handlungsspielraum zu lassen.[25]

Das bedeutete nicht, dass die Vereinigten Staaten eine schnelle endgültige Lösung für Syrien anstrebten. Washington dürfte jedoch kaum bereit gewesen sein, Russland zu erlauben, seinen Einfluss in Syrien als Vorteil in der Auseinandersetzung um die Ukraine zu nutzen. Amerikanische Militärschläge in Syrien im August 2022 unterstrichen diese Botschaft.[26]

Diese amerikanische Position stieß auch in der Türkei auf Unzufriedenheit. Die Biden-Regierung lehnte Erdoğan's bevorzugte Ordnung für Nordsyrien weiterhin ab und war nicht bereit, ihre Partner in der Autonomen Administration und im Syrischen Demokratischen Rat aufzugeben.

Russland und Iran standen inzwischen unter beispiellosem Druck durch ihre Konfrontation mit dem Westen. Ihre Fähigkeit, ihre Stellung in Syrien über das Assad-Regime zu konsolidieren, war dadurch schwächer geworden.

Baschar al-Assad gehörte zu den ersten Staatschefs, die Putins Krieg gegen die Ukraine vollständig unterstützten.[27] Damit band sein Regime seine Position noch enger an Moskau.

Die Institutionen der syrischen Opposition veränderten ihre Politik während dieser weltweiten Verschiebungen dagegen kaum. Sie zeigten wenig Fähigkeit, eine klare politische Position zu formulieren oder die entstehende Konstellation eines Zweiten Kalten Krieges für die syrische Sache zu nutzen.[28]

Schlussfolgerung

Die amerikanische Politik und die ihrer Verbündeten schien entschlossen, die durch Putins Angriff auf die Ukraine ausgelöste Krise so weit wie möglich voranzutreiben, ohne in eine direkte militärische Konfrontation mit Russland einzutreten. Zugleich wollte Washington verhindern, dass andere Mächte dauerhaft davon profitieren, zwischen Russland und dem Westen zu manövrieren.

Die entstehende Strategie deutete daher auf einen Zweiten Kalten Krieg hin: eine globale Konfrontation, in der Regierungen zunehmend unter Druck geraten würden, ihre Position gegenüber Russland und dem westlichen Lager zu definieren. Chinas endgültige Position würde zu den wichtigsten Faktoren gehören, die bestimmen, wie intensiv und gefährlich dieser neue Kalte Krieg werden könnte.

Im Nahen Osten schienen die Türkei, Israel und Katar einen dem Westen näheren Kurs zu verfolgen, ohne ihre Balancepolitik vollständig aufzugeben. Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten hatten aus Sicht dieser Analyse dagegen noch keine klare strategische Linie gefunden.

All dies bedeutet nicht, dass die Politik der Vereinigten Staaten oder des Westens historisch den Interessen der Völker der Region gedient hätte. Ebenso wenig lässt sich die Rolle westlicher Politik bei der Verfestigung regionaler Krisen, der Verkomplizierung des syrischen Konflikts und der Schwächung des anfänglich nationalen und demokratischen Charakters der syrischen Revolution ignorieren.

Das Schicksal Syriens war jedoch zunehmend vom internationalen Kräfteverhältnis abhängig. Politischer Realismus erforderte deshalb einen Vergleich zwischen der konsequenten Unterstützung des Assad-Regimes durch Russland und Iran, der Politik westlicher Regierungen und der tatsächlichen Verteilung globaler Macht.

Syrien war das erste Land, in dem sich ein Stellvertreterkrieg von dieser Größenordnung, Komplexität und Dichte überlappender Interessen großer internationaler und regionaler Mächte entwickelte. Die Syrer zahlten den härtesten

und tragischsten Preis. Die Ukraine wurde innerhalb kaum eines Jahrzehnts zum zweiten großen Schauplatz eines solchen Stellvertreterkrieges. In diesen beiden Konflikten zeichneten sich die Konturen eines Zweiten Kalten Krieges ab – eines Konflikts, der die geopolitische Landkarte des internationalen Systems neu gestalten könnte.

Quellen und Anmerkungen

Die folgenden Nachweise entsprechen den Quellen und Anmerkungen der arabischen Originalstudie. Die ursprünglichen Links wurden beibehalten.

- [1] Rede von Präsident Joe Biden beim GCC+3-Gipfel, Weißes Haus, 16. Juli 2022. <https://bit.ly/3Cf58KD>
- [2] Zur irakischen Invasion Kuwaits vom 2. August 1990 und dem anschließenden Golfkrieg.
- [3] Zu den Jugoslawienkriegen 1991–2001 und dem Zerfall Jugoslawiens.
- [4] Erläuterung des Begriffs Neoliberalismus und seiner politischen Entwicklung unter Ronald Reagan und Margaret Thatcher.
- [5] Erläuterung des amerikanischen Neokonservatismus und seines Einflusses während der Regierung George W. Bush.
- [6] Quelle zum amerikanischen „Pivot to the Pacific“, JSTOR, Vol. 67, No. 4 (Autumn 2012), S. 1073–1094. <https://www.jstor.org/stable/42704948>
- [7] Offizielle Quelle des Weißen Hauses, wie in der arabischen Originalstudie zitiert: <https://bit.ly/3AixsKu>
- [8] Alaa Alkhatib, „Der amerikanische Rückzug aus dem iranischen Atomabkommen“, InfoSalam, 11. Mai 2018. <https://bit.ly/3C38d02>
- [9] Alaa Alkhatib, „Die amerikanische Politik muss die Syrienkrise nicht entscheiden“, InfoSalam / Harmoon Center, 11. Juni 2016. <https://bit.ly/3Ais764>
- [10] Erläuterung des Begriffs Stellvertreterkrieg.
- [11] Alaa Alkhatib, „Der internationale Konflikt und die Syrienkrise: Ursachen und Endpunkte“, InfoSalam, 1. September 2018. <https://bit.ly/3QK4Dfj>
- [12] Die Tschetschenienkriege: 1994–1997 und 1999–2009.
- [13] Der russisch-georgische Krieg von 2008.
- [14] Alaa Alkhatib, „Das Phänomen Trump und die globale fundamentalistische Gegenreaktion“, InfoSalam, 18. April 2017. <https://bit.ly/3wibrsP>
- [15] Rede von Vizepräsident Joe Biden zur europäischen Energiesicherheit, Istanbul, 22. November 2014. <https://bit.ly/3TcXTJd>

- [16] CNN, Äußerungen Joe Bidens zu Russland und Putin, 19. Juli 2016.
<https://cnn.it/3pKw6lG>
- [17] Reuters, Bericht über Bidens Äußerungen zu Putin und seinem Moskau-Besuch, 19. Juni 2014. <https://reut.rs/3ThCheC>
- [18] The Washington Post, „President Biden Meets Middle East Leaders in Saudi Arabia“. <https://wapo.st/3Q6cHGM>
- [19] Siehe Quelle [1].
- [20] Amy Gunia, TIME, zu Nancy Pelosis Taiwan-Besuch, 5. August 2022.
<https://bit.ly/3pTRJjs>
- [21] Reuters, Bericht über den Besuch amerikanischer Abgeordneter in Taiwan, August 2022. <https://reut.rs/3Kx3HJA>
- [22] Business Insider, Bericht über das rund 280 Milliarden US-Dollar umfassende CHIPS-and-Science-Paket, 9. August 2022.
<https://bit.ly/3e5rAeQ>
- [23] Alaa Alkhatib, „Russland, China und Iran: Ein dauerhaftes Bündnis“, Geroun Network, 15. Dezember 2016. <https://bit.ly/3Trb9Kk>
- [24] Alaa Alkhatib, Video zur US-Politik unter Biden im Nahen Osten, 26. Januar 2021. <https://bit.ly/3AwWeFN>
- [25] Alaa Alkhatib, „Die amerikanische Politik muss die Syrienkrise nicht entscheiden“, Harmoon Center, 11. Juni 2016. <https://bit.ly/3AU9uFQ>
- [26] CNN Arabic, Bericht über amerikanische Vergeltungsschläge in Syrien, 26. August 2022. <https://cnn.it/3wF6x9x>
- [27] Reuters, Bericht über Baschar al-Assads Unterstützung für Putin im Ukraine-Krieg, 25. Februar 2022. <https://reut.rs/3KxSOXD>
- [28] Alaa Alkhatib, „Warum besuchen Syrer die Ukraine nicht, um Unterstützung und Solidarität zu zeigen?“, Harmoon Center, 8. Februar 2022.
<https://bit.ly/3ABqfnA>